

BÜRGERPROTESTE

Notärztliche Nahversorgung: Der Bürgerprotest sammelt sich

Die Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung in zehn Regionen mit mehr als 200.000 Betroffenen ist gefährdet. Dagegen regt sich schon heftiger Widerstand im Land.

Dr. Josef Baum (Bürgerliste) ist Stadtrat in Purkersdorf – mit einem parteiübergreifenden Anliegen, dass alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher betrifft. Baum ist einer der Rädelsführer des gewaltigen Bürgerprotestes in Niederösterreich, der sich aktuell Luft verschafft.

Das Anliegen ist klar



Es geht darum, dass in elf Regionen des Landes mehr als 200.000 Menschen betroffen sind: ihnen soll gemäß dem vom Landtag im Vorjahr beschlossenen „Gesundheitsplan 2040+“ die notärztliche Nahversorgung an elf Standorten quasi gestrichen werden. Politiker lassen immer wieder durchsickern: An einer Änderung zugunsten der Bevölkerung ist nicht mehr zu denken, dafür sei es zu spät. Und genau das stößt nicht nur dem „Bürger als Revolutionär“ Baum sauer auf.

Der Protest etabliert sich

Gestern versammelten sich die Proponenten sämtlicher Bürgerinitiativen in Gmünd auf Einladung von #LKGmündbleibt zu einem Erfahrungsaustausch, sollen doch schließlich elf Notarztstellen und auch die Spitäler Mistelbach und eben Gmünd zugesperrt werden. Von der Sperre in Gmünd allein wären 30.000 Menschen betroffen.

Im Gespräch mit oe24



© Bürgerliste Baum

SPÖ Gmünd - <https://gmueend.spoe.at/fuer-unser-krankenhaus/medienberichte>

Baum sagte gestern telefonisch zu oe24: „Wir vermissen jegliche Transparenz. Mit uns wird nicht gesprochen.“ Besonders kritisiert er, dass die Krankenhäuser Mistelbach und Gmünd geschlossen werden sollen, ohne Ersatzlösungen parat zu haben. Auch die von den Bürgerinitiativen angeforderten Unterlagen zu den Gesundheitsvorhaben des Landes werden zurückgehalten.

Und dann kommt der zentrale Satz Baums: „So wie das Land Niederösterreich von Wien die Einhaltung von Verträgen einfordert (Stichwort Gastpatienten), drängen wir auf die uns seitens des Landes zugesicherte Standortgarantie für Gmünd und Mistelbach.“

Neubewertung gefordert

Schließlich fordern die Bürgerinitiativen, dass der Gesundheitsplan2040+ gestoppt werde, wenn nicht doch zumindest verschoben werde – eben, bis Ersatzpläne auf dem Tisch liegen. Generell vermisst man die Gesprächsbereitschaft seitens des Landes. Mit aktuellem Stand ist die Abschaffung der Notarztstandorte und die Schließung der Spitäler für 1. April 2027 geplant.

Busse voller betroffener Bürger

Dr. Baum wird jedenfalls mit drei vollen Bussen Betroffener zur Groß-Demo am 23. April vor dem Landtag in St. Pölten anreisen. Und aus anderen Regionen Niederösterreichs haben sich schon weitere Busse Unzufriedener angekündigt. OE24 wird für Sie dabei sein – und Sie weiter informieren.